

Erstausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaktion und Expedition
Johannstadt 33.
Verantwortlicher Redacteur
Dr. Oetiker in Reudnitz.
Sprechstunde d. Redaktion
Donnerstag von 11-12 Uhr
Freitag von 4-5 Uhr.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
5 Uhr Nachmittags, an Sonnt-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Filialen für Auf. Anzeigen:
Otto Krumm, Unterstadtstr. 22,
Königs Platz, Hauptstr. 21, part.
nur bis 1/2 9 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 13,750.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Fracht 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.,
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 M.,
mit Postbeförderung 45 M.,
Inserate 12 Pf. pro Zeile, 20 Pf.
größere Schriften laut in- und
ausländischer — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reklamen unter dem Redaktionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachnahme.

Nº 336.

Donnerstag den 2. December.

1875.

Bekanntmachung.

die gegenseitigen Versicherungs- und Unterstützungscassen betreffend.
In Veranlassung der bevorstehenden Reichs-Gesetzgebung über die Versicherungs- und Unterstützungscassen hat das Königl. Ministerium des Innern Erörterungen über die thatsächlichen Verhältnisse der bestehenden Cassen dieser Art angeordnet.
In Folge dessen fordern wir alle **Vorstände** in diesem Ort bestehender **Sterbe-, Waisen- und Altersversorgungs-, Wittwen- und Krankencassen, gemischter Unterstützungscassen** und aller **Anstalten und Vereine**, welche diese oder ähnliche Zwecke verfolgen, auf, ihre **genauen Adressen** so bald als möglich und spätestens bis zum **6. December** schriftlich an unser statistisches Bureau (Ritterplatz, Georgenballe) einzureichen.
Die von diesem Bureau auszugehenden Fragebogen sind ausgefüllt an dasselbe bis zum **13. December d. J.** wieder einzureichen.
Die in dem einen oder anderen Falle Säumigen wird **Geldstrafe bis zu 20 Mark** treffen.
Leipzig, den 29. November 1875.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. Gasse.

Bekanntmachung.

Das 10. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **ab zum 18. December d. J.** auf dem Rathhaussaal öffentlich ausgeben. Dasselbe enthält: Nr. 1090. Verordnung, betreffend die Bestimmung von Sterbefällen solcher Militairpersonen, welche sich an Bord der in Dienst gestellten Schiffe oder anderen Fahrzeuge der Marine befinden. Vom 4. November 1875.
Leipzig, den 30. November 1875.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. Geratti.

Bekanntmachung.

Die Arbeiten an eingefrorenen Röhren und Gasmessern werden nicht mehr unentgeltlich, sondern nur für Rechnung der Consumenten ausgeführt.
Bezüglich der Einführungsarbeiten und der Gasmesser sind solche Arbeiten regulativmäßig durch die Gasanstalt, bezüglich der sonstigen Leitungsröhren und Lampen durch die concessionirten Gas-Installateure und Schlossermeister auszuführen. Es liegt daher im eigenen Interesse der Consumenten, die dem Fraste ausgelegten Röhren, Gasmesser und Brenner durch Ueberdeckungen und Umhüllungen möglichst zu schützen.
Im Uebrigen ermächtigen wir die Gasconsumenten, bei jeder vorkommenden Gasabströmung, oder bei plötzlichem und totalem Verlöschen der Gasflammen sich der nächsten städtischen Feuer-Telegraphenstation (Mittelstraße oder Feuerwache) zur Benachrichtigung der Gasanstalt zu bedienen.
Leipzig, den 29. November 1875.
Des Rath's Deputation zur Gasanstalt.

Holz-Auction.

Mittwoch den 8. December a. c. sollen im Forstreviere **Cosnewitz** auf dem Rahl-
schlage in Abth. 35
I. von Vormittag 9 Uhr ab
circa 5 Raummeter eichene **Planzscheite**, 162 Km. eichene, 5 Km. tüfterne und 11 Km.
ellerne **Brennscheite**, sowie
II. von Vormittag 10 Uhr ab
circa 135 starke **Abraumbaasen**
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehängenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung
an den Reißbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft auf dem Rahl-
schlage am Röhelwehre, unweit des Schlenziger Weges.
Leipzig, am 27. November 1875.
Des Rath's Forst-Deputation.

Städtischer Verein.

* Leipzig, 1. December. Die gestrige Versammlung des Städtischen Vereins, zu welcher Einladung an die gesammte zur Stadtverordnetenwahl berechnigte Bürgerschaft Leipzigs erlassen worden, war zahlreich besucht.
Der Vorsitzende, Herr Advocat R. u. d. Schmidt, bemerkte in seiner einleitenden Ansprache, daß der Vorstand des Vereins, indem er alle Wähler, gleichviel welchem Parteihandpunkt sie angehören, eingeladen, nicht geglaubt habe, irgend welche Befürchtungen, daß Tumult entstehen könne, hegen zu dürfen. Im Laufe der letzten Jahre sei in Leipzig kein einziges Beispiel einer derartigen Störung zu verzeichnen gewesen, und es könne das Vertrauen auf die Vermählung gesetzt werden, daß sie in Ruhe und Würde verlasse. Der Vorstand habe selbst davon Abstand genommen, eine Controle am Eingang des Saales zu üben, da es nicht die Aufgabe der Versammlung sei, irgend welche verbindende Abstimmung vorzunehmen. Es solle vielmehr den Anwesenden nur reichliche Gelegenheit gegeben sein, sich über die Wahlvorschlüge des Städtischen Vereins auszusprechen. Öffentlich würden sich hierbei sämtliche Redner auf das rein sachliche Gebiet beschränken und nicht in die persönlichen und privaten Verhältnisse der aufgestellten Candidaten eingreifen. Die heutige Versammlung betrachte er, der Redner, zwar noch nicht als ein Ideal, aber mit ihr sei doch eine Annäherung dazu gegeben. Er habe schon früher bei ähnlichen Gelegenheiten das offene, freie Hervortreten vor die Bürgerschaft stets gewünscht. Zum Schluß wolle er noch bemerken, daß er kein Bedauern habe, sich auf die heutigen Streitigkeiten einzulassen, welche bei der jetzigen Wahl entstanden, und er wolle es lediglich dem Laufe der Debatte überlassen, ob es notwendig und zweckmäßig erscheine, darüber die entsprechenden Mittheilungen zu geben.
Herr Dr. Lannert erstattete im Namen der vereinigten Ausschüsse des Städtischen Vereins und des Westvorstädtischen Bezirksvereins Bericht über die Thätigkeit der genannten Wahlausschüsse und über die Grundzüge, welche bei Aufstellung der Candidatenliste maßgebend gewesen sind. Er verlas zu diesem Behufe verschiedene Sätze aus der an die Mitglieder des Städtischen Vereins versendeten, in Nummer 333 d. Bl. mitgetheilten Ansprache und bemerkte dazu noch folgendes: Das Comité habe eine schwierige Aufgabe gehabt. Es werde in der Bürgerschaft gewiß noch viele verdier te Männer geben, in dessen das Comité sich nicht allwissend und habe unmöglich unter den mehr als 9000 Bürgern Alle richtig treffen können. Von den nicht wieder auf die Liste gebracht werden dürften Mitgliedern des Stadtverordneten-Collegiums hätten eine Anzahl auf das Bestimmteste erklärt, daß sie, gemäß auf die ihnen gesetzlich zur Seite stehenden Gründe, auf keinen Fall eine Wahl wieder annehmen würden. Eine Anzahl anderer Mitglieder auf die Liste zu setzen, konnte sich der Ausschuss nicht entschließen, und es möge die Versammlung dem Ausschuss die Darlegung der Beweggründe erlassen. Der Umstand, daß die betreffenden Herren nach reiflicher Ermüdung fallen gelassen worden, möge allein schon als Motiv erscheinen.
Es sei nöthig, daß bei Zusammenlegung des Stadtverordneten-Collegiums die Intentionen des Gesetzgebungsorgans ausgeführt werden. Das Gesetz habe demselben dem Stadtvolk gegenüber eine klar begrenzte Stellung gegeben. Es möge zwar ein angenehmes, freundliches Verhältnis

zwischen beiden Collegien bestehen, aber das Verhältnis dürfe nicht zu intim werden. Es sei ferner von den auszustellenden Candidaten verlangt, daß sie ein wirkliches, großes Interesse an den städtischen Angelegenheiten nehmen, daß sie nicht um des Jagdvergnügens willen die Stadtverordnetenämter verlassen. (Weiterkeit.) Man habe endlich auch Leute nicht aufgestellt, die eine förmliche Scheu vor der Öffentlichkeit haben. (Bravo.)
Es wurde nunmehr, nachdem der Vorsitzende nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Redner sich der Besprechung der privaten Verhältnisse der Candidaten enthalten möchten, die Debatte eröffnet.
Herr Buchhändler Findel: Er habe das Amt eines Stadtverordneten nicht gesucht, aber nachdem er durch das Vertrauen seiner Mitbürger auf die Candidatenliste gesetzt, nehme er keinen Anstand, zu erklären, daß er eine auf ihn fallende Wahl annehme. Im Uebrigen wolle er bemerken, daß er das vorgetragene Programm des Städtischen Vereins billig billige.
Herr D. S. Wald: Er habe aus verschiedenen Gründen eine Wahl nicht wieder annehmen wollen und nur erst in der letzten Stunde sei er vom Ausschuss zu einer anderen Ansicht bekehrt worden. Während seiner bisherigen Mitgliedschaft habe er keine Sitzung der Stadtverordneten verlassen. Daß er in seinem allzu freundschaftlichen Verhältnis zum Rath stehe, werde wohl bekannt sein (Weiterkeit). Er habe in einem von diesem gegen ihn angestrenzten Proceß seine Strafe zahlen müssen. Im Collegium habe er nach seiner eigenen, auf die Darlegungen der Ausschüsse begründeten Meinung abgestimmt. Seine Stellung zu einem sehr wichtigen Zweig der Gemeindeverwaltung, dem Feuerlöschwesen, sei durch den von ihm vor Kurzem gehaltenen Vortrag wohl zu Genüge bekannt geworden. Er sei auch von der Gemeinnützigen Gesellschaft mit ausgestellt, und es thue ihm aufrichtig leid, daß zwischen dieser Gesellschaft und dem Städtischen Verein Mißverständnisse entstanden seien. Öffentlich würden sich dieselben nicht auf spätere Gelegenheiten übertragen. (Bravo.)
Herr Peter Ulrich: Er sei keineswegs so sehr, wie die Redner, mit der vom Städtischen Verein aufgestellten Candidatenliste einverstanden. Sie mache vollständig den Eindruck einer Klassenliste. Man habe 14 Kaufleute, 7 Gelehrte und nur 3 Gewerbetreibende aufgestellt, trotzdem daß der Handwerkerstand, wie sich aus den beiden Abtheilungen der Bürgerliste klar ergebe, ganz bedeutend überwiege. Wäre es nur gewesen sein, wenn man die Candidaten in gleichem Verhältnis aus allen Klassen genommen hätte. Im Mittelalter sei die Stadt in Geschlechter getheilt worden (!), der Städtische Verein habe sich dies gewissermaßen zum Muster genommen. Das jetzige Verfahren sei ein Rückschritt gegen das vorjährige Wahlgesetz. Damals wurden die Stadtverordneten nach verschiedenen Klassen gewählt und so mußte der Handwerkerstand wenigstens einigermaßen zur Anerkennung gelangen. Heute habe man ein freieres Wesen, in dessen es wird reactionair behandelt. Der Städtische Verein wähle ein aus wenigen Personen bestehendes Comité, und dieses mache die Stadtverordnetenwahlen. In der Gemeinnützigen Gesellschaft sei es noch schlimmer, denn dort habe sich das Wahlcomité, sogar die Vorlegung der Candidatenliste in einer Versammlung verboten. Ueber einen aufgestellten Candidaten, Herrn Advocaten Bender, begehrte er, der Redner, einige Auskunft, und zwar in Rücksicht

auf die Erfahrung, die man mit einem anderen, von auswärtig hierher gekommenen und viel gerühmten Mann, dem Advocaten Ludwig, gemacht. Dieser sei in die Stadtverordneten gewählt worden, habe jedoch bald wieder aus Gründen, die man nie erfahren, seinen Austritt erklärt. Das sei gewissermaßen eine Täuschung der Wähler. Eben so sei es der Stadt wieder mit Herrn Bender gegangen. Derselbe sei mit vielem Gelächter herbeigerufen und zum Stadtrath gewählt worden, aber es habe gar nicht lange gedauert, so sei er wieder aus dem Rath hinausgegangen. Es wäre wirklich gut, wenn auch gegen solche Herren ein Contractstrafgesetz erlassen würde. (Allgemeine Weiterkeit.) Man könne absolut nicht verstehen; warum nach derartigen Erfahrungen solche Männer zum Stadtverordneten-Amt vorgeschlagen würden.
Herr Hablich: Er theile nicht die Auffassung, daß die Trennung des Städtischen Vereins von der Gemeinnützigen Gesellschaft zu bedauern sei. Im Gegentheil, eine gute Folge sei schon die heutige Versammlung. Gut werde es sein, wenn der Städtische Verein in Zukunft öfters derartige Versammlungen abhalte, und zwar nicht bloß bei Wahlen, sondern auch, um überhaupt städtische Verhältnisse zu besprechen. Man habe gewissermaßen wieder eine Controle über die Stadtverordneten zu üben und es würden durch die Abhaltung allgemeiner Bürgerversammlungen leichter geeignete Männer für das Stadtverordneten-Collegium auffindbar gemacht werden können. Zu Einem verpflichte er bereits jeden der neu-gewählten Stadtverordneten: sie sollten dafür sorgen, daß der städtische Haushaltplan in die Hände jedes Bürgers gelangt, damit er wisse, was die verschiedenen Zweige der Gemeindeverwaltung erfordern. Im Uebrigen sei er mit den Darlegungen des Redners ganz einverstanden.
Herr Adv. Schmidt: Der gewiß gerechtfertigte Wunsch, daß eine kleinere Ausgabe des städtischen Haushaltes in die Hände der Bürgerschaft gelange, sei bereits früher im Rath als Antrag eingebracht, damals indeß abgelehnt worden. Öffentlich werde die Angelegenheit demnächst wieder angeregt werden.
Herr Advocat Dr. Lannert: Auf der Liste des Städtischen Vereins seien im Ganzen 6 Gewerbetreibende aufgestellt, während im Stadtverordneten-Collegium noch 14 Gewerbetreibende verbleiben, so daß dann ihre Gesamtzahl 20 betrüge. Das sei immerhin eine recht hübsche Berücksichtigung des Gewerbestandes. Der Ausschuss sei recht dankbar für jede Anregung, aber es müsse constatirt werden, daß ihm nicht ein einziger Wahlvorschlag aus der Mitte der Wähler zugegangen sei.
Herr Adv. Dr. Wachtel stellt sich als Gast und wahlberechtigter Bürger vor. Es sei betont worden, der Wahl Ausschuss habe den Grundsatz der politischen Toleranz geübt. Das sei aber noch keine Toleranz, wenn man die Candidaten nur aus den mehr oder weniger liberalisirenden Schattirungen einer oder derselben Partei entnehme. Ein Fehler sei es von jeder gewesen, daß der Städtische Verein so viel Rücksichtnahme auf die Gemeinnützige Gesellschaft bewiesen. Er habe dadurch seine damalige Lage selbst verschuldet. Mit dem Liberalismus sei in den letzten Jahren ein böses Spiel getrieben worden. Es war eine liberale Claqueherrschaft an der Tagesordnung; der Städtische Verein werde seine frühere mächtige Stellung nur dann wieder gewinnen, wenn er sich von diesen liberalisirenden Claqueen frei mache und danach strebe,

ein Vereinigungsband aller freisinnigen und ehrenwerthen Bürger der Stadt zu sein. (Bravo.)
Herr Siegismund und verwirrt die Wahl nach Ständen und Klassen und wünscht, daß die Stadtverordneten nicht allzu rathstreuendlich seien.
Herr Dolge: Der Verein könne sich zu seinem derzeitigen Vorstand gratuliren. Derselbe habe die Courage gehabt, die Versammlung ohne Rücksicht auf socialistische Störungen einzuberufen, und siehe da, es gehe ganz glänzend. Zwei Socialdemokraten reinsten Wassers hätten gesprochen und zwar recht vernünftig. Es sei richtig, daß der Städtische Verein die letzten Jahre unter dem Claquewesen gelitten. Die Folge sei gewesen, daß die Mitglieder nicht in die Versammlungen kamen. Warum sei es jetzt auf einmal anders? Öffentlich werde sich das Wieder-aufblühen des Städtischen Vereins gegenüber den wie Pilze aus der Erde geschossenen, Sonderzwecken verfolgenden, anderen Vereinen geltend machen. Neuerdings sei sogar noch ein besonderer Beamtenverein entstanden. Es fehle bloß noch, daß die Beamten den Bürger commandiren und ihm sagen: „Wir wünschen Das so und so!“
Herr Advocat Frank: bekämpfte die im Laufe der Debatte vorgebrachte Ansicht, daß Ständewahl erwünschlicher und besser sei als der dermalige Modus, worauf Herr Ulrich bemerkt, daß er völlig mißverstanden worden.
Herr Buchbindermeister Frische: Er bekenne sich als Mitglied der Gemeinnützigen Gesellschaft und sei Mitglied von deren Wahlcomité. Mit den bekannten „Eingekaufte“ Artikeln des Tageblattes habe die Gemeinnützige Gesellschaft und deren Vorstand, Das könne er auf das Bestimmteste versichern, nicht das Geringste gemein und sie könnten daher nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Im Wahlcomité der genannten Gesellschaft sei mit keinem Wort davon die Rede gewesen, einen Conflict mit dem Städtischen Verein hervorzurufen. Das Comité habe auf Vorschläge des Städtischen Vereins aber vergeblich gewartet. Daß der Vorstand des Städtischen Vereins sich trotz dieser Sachlage zu seinem leidenschaftlichen Aufruf an die Mitglieder habe hinreisen lassen, sei zu beklagen. Der Aufruf solle natürlich nur als Reklame dienen.
Herr Adv. Schmidt: Dem Vorstand der Gemeinnützigen Gesellschaft sei weder direct noch indirect ein Vorwurf gemacht worden. Thatsache sei aber, daß Mitglieder der Gesellschaft sich ganz so, wie die in Rede stehenden Tageblattartikel, geäußert haben. Der Vorstand des Städtischen Vereins habe lediglich den oder die Verfasser der Artikel bekämpft. Was die gegen Herrn Adv. Bender in der heutigen Versammlung gerichteten Angriffe betreffe, so wolle er zu Gunsten derselben nur bemerken, daß ihn jedenfalls dieselben inneren Gründe zum Rücktritt aus dem Rath-Collegium bewogen haben, die er, Redner, selbst gehabt, um seinen Austritt, wenn ihn nicht das Gesetz daran verhindert hätte, zu bewerkstelligen. Herr Bender sei eine ganz ausgezeichnete, tüchtige, von schöpferischen Ideen erfüllte Kraft, die freilich Männer um sich haben müsse, mit welchen man vorwärts gehen könne. Herr Peter Ulrich möge ihm Das glauben. Er bitte die Wähler dringend, Herrn Bender nicht fallen zu lassen.
Herr Schuhmacher Hammer verlangt, daß Advocat Freitag noch auf die Liste gesetzt werde, begnügt sich aber nach einigen Gegenbemerkungen des Vorsitzenden damit, einen Mann im Allgemeinen der Bürgerschaft empfohlen zu haben.
Die Rednerliste war nunmehr erschöpft. Eine Abstimmung über die Candidatenliste erfolgte nicht